



**Geschäftsführung
Betriebsausschuss
Abfallwirtschaftsbetrieb der Stadt
Köln**

Frau Bültge-Oswald

Telefon: (0221) 221-23702

Fax: (0221)

E-Mail: barbara.bueltge-oswald@stadt-koeln.de

Datum: 17.10.2012

Niederschrift öffentlich

über die **Sitzung Betriebsausschuss Abfallwirtschaftsbetrieb der Stadt Köln** in der Wahlperiode 2009/2014 am Donnerstag, dem 06.09.2012, 15:30 Uhr bis 18:34 Uhr, Rathaus Spanischer Bau, Theo-Burauen-Saal (Raum-Nr. B 121)

Anwesend waren:

Vorsitzende

Frau Dr. Sabine Müller GRÜNE

Stimmberechtigte Mitglieder

Herr Götz Bacher	SPD
Herr Dr. Alexander Fladerer	SPD
Frau Polina Frebel	SPD
Frau Dagmar Paffen	SPD
Herr Niklas Kienitz	CDU
Frau Birgitta Nesseler-Komp	CDU
Frau Katharina Welcker	CDU
Herr Gerhard Brust	GRÜNE
Herr Dr. Matthias Welpmann	GRÜNE
Herr Dr. Rolf Albach	FDP
Herr Klaus Artt	Pro Köln

Mitglieder mit beratender Stimme nach § 58 Absatz 1 Satz 7 bis 12 Gemeindeordnung Nordrhein-Westfalen

Herr Heinz Peter Fischer Die Linke.Köln

Sachkundige Einwohnerinnen und Einwohner mit beratender Stimme

Frau Barbara Albat	auf Vorschlag der SPD
Herr Wilfried Becker	SPD-Fraktion
Herr Dietmar Donath	auf Vorschlag der SPD

Frau Margret Dresler-Graf	auf Vorschlag der CDU
Herr Josef Druckenmüller	auf Vorschlag der CDU
Herr Heribert Resch	CDU
Frau Brigitte Grosser	auf Vorschlag pro Köln
Herr Dieter Koberg	auf Vorschlag der Linke.Köln

Sachkundige Einwohnerinnen und Einwohner nach § 22 und § 23 der Hauptsatzung

Frau Barbara Röttger- Schulz	auf Vorschlag der Stadtarbeitsgemeinschaft Behindertenpolitik
Frau Katharina Reiff	Seniorenvertretung der Stadt Köln

Verwaltung

Herr Prof. Dr. Ernst Drösemeier	Leiter des Umwelt und Verbraucherschutzamtes
Herr Beigeordneter Franz-Josef Höing	Dezernat VI - Stadtentwicklung, Planen, Bauen und Verkehr
Herr Manfred Kaune	Leiter des Amtes für Landschaftspflege und Grünflächen
Frau Anke Ludwig	Fachreferentin Dezernat V - Soziales, Integration und Umwelt
Frau Beigeordnete Henriette Reker	Dezernat V - Soziales, Integration und Umwelt
Herr Peter Winkels	Geschäftsführender Betriebsleiter Dezernat V-6 Eigenbetriebsähnliche Einrichtung Abfallwirtschaftsbetrieb der Stadt Köln

Schriftführerin

Frau Barbara Bültge-Oswald

Presse

Zuschauer

Entschuldigt fehlen:

Stimmberechtigte Mitglieder

Herr Bürgermeister Hans-Werner Bartsch CDU

Sachkundige Einwohnerinnen und Einwohner mit beratender Stimme

Herr Ralf Bilke	auf Vorschlag der Grünen
Herr Michael Gybas	auf Vorschlag der Grünen
Herr Frank Kraus	(FDP) auf Vorschlag der Grünen
Herr Mike Pöhler	FDP

Sachkundige Einwohnerinnen und Einwohner nach § 22 und § 23 der Hauptsatzung

Frau Minu Nikpay	KÖBES
Frau Maria Blank	Seniorenvertretung der Stadt Köln

Tagesordnung

I. Öffentlicher Teil

- 1 Beantwortung von mündlichen Anfragen aus früheren Sitzungen**
- 1.1 Entsorgung von Altfahrrädern
3082/2012
- 2 Schriftliche Anfragen gemäß § 4 der Geschäftsordnung sowie deren Beantwortung**
- 3 Mündliche Anfragen**
- 4 Anträge gem. § 3 der Geschäftsordnung**
- 5 Allgemeine Beschlussvorlagen**
- 5.1 Jahresabschluss 2011 der eigenbetriebsähnlichen Einrichtung Abfallwirtschaftsbetrieb der Stadt Köln
2925/2012
- 6 Mitteilungen**
- 6.1 Änderung der Straßenreinigungssatzung zum 01.01.2013
2538/2012
- 6.2 Zusätzliche Winterdienstmaßnahmen im Winter 2012/2013
3171/2012
- 7 Genehmigung von Dringlichkeitsentscheidungen gemäß § 3 Absatz 4 Satz 2 der Betriebssatzung der Stadt Köln für den Abfallwirtschaftsbetrieb der Stadt Köln**

II. Nichtöffentlicher Teil

- 8 Beantwortung von mündlichen Anfragen aus früheren Sitzungen**
- 9 Schriftliche Anfragen gemäß § 4 der Geschäftsordnung sowie deren Beantwortung**
- 10 Mündliche Anfragen**
- 11 Anträge gemäß § 3 der Geschäftsordnung**
- 12 Allgemeine Beschlussvorlagen**
- 13 Vergaben**
- 14 Mitteilungen**
- 15 Genehmigung von Dringlichkeitsentscheidungen gemäß § 3 Absatz 4 Satz 2 der Betriebssatzung der Stadt Köln für den Abfallwirtschaftsbetrieb der Stadt Köln**

I. Öffentlicher Teil

1 Beantwortung von mündlichen Anfragen aus früheren Sitzungen

1.1 Entsorgung von Altfahrrädern 3082/2012

Der Betriebsausschuss Abfallwirtschaftsbetrieb der Stadt Köln nimmt die umgedruckte Stellungnahme der Verwaltung zur Kenntnis.

2 Schriftliche Anfragen gemäß § 4 der Geschäftsordnung sowie deren Beantwortung

Keine.

3 Mündliche Anfragen

3.1 Brand im Kölner Norden Mündliche Anfrage des SE Herrn Donath

SE Herr Donath spricht den Großbrand in der Gewerbemüllsortieranlage in Köln-Niehl an und bittet, neben dem für die Feuerwehr zuständigen Ausschuss Allgemeine Verwaltung und Rechtsfragen (AVR) auch dem Betriebsausschuss Abfallwirtschaftsbetrieb der Stadt Köln Informationen zu diesem Brand zur Verfügung zu stellen. Möglicherweise müsse man auch die Gefährdung durch Bunker an der Müllverbrennungsanlage einschätzen.

Beigeordnete Frau Reker berichtet, dass bereits Unterlagen für die Gremien in Vorbereitung sind.

4 Anträge gem. § 3 der Geschäftsordnung

Keine.

5 Allgemeine Beschlussvorlagen

5.1 Jahresabschluss 2011 der eigenbetriebsähnlichen Einrichtung Abfallwirtschaftsbetrieb der Stadt Köln 2925/2012

SB Herr Dr. Fladerer bittet die Verwaltung darzustellen, wie die Überschreitung der Prognose, was den Fehlbetrag angehe, zustande gekommen sei.

Herr Winkels antwortet, im Wesentlichen sei dies zum Einen durch die Änderung der Umsatzsteuergesetzgebung über die Einführung eines Saldierungsverbotes, was 2010 noch nicht bekannt gewesen sei, geschehen. Zum Anderen haben sich die Abfallmengen anders entwickelt als prognostiziert. In diesem Fall habe man zu wenig

prognostiziert, zumal die Prognosen immer schon im September des Vorjahres abgegeben würden.

RM Herr Brust betont, der Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen es sei wichtig, dass der Fehlbetrag nicht von der Stadt ausgeglichen werden müsse. Er möchte wissen, ob gewährleistet sei, dass diese Verluste in den nächsten Jahren über den Gebührenhaushalt getilgt werden.

Herr Winkels verneint dies. Wenn der Fehlbetrag nicht in den nächsten 5 Jahren ausgeglichen werde, könne dies den städtischen Haushalt belasten.

Beschluss:

Der Betriebsausschuss Abfallwirtschaftsbetrieb der Stadt Köln empfiehlt dem Rat, wie folgt zu beschließen:

1. Der Rat stellt, gem. § 4 der Eigenbetriebsverordnung des Landes Nordrhein-Westfalen (EigVO NRW) i.V.m. § 4 der Betriebssatzung des Abfallwirtschaftsbetriebs der Stadt Köln den Jahresabschluss 2011 für die eigenbetriebsähnliche Einrichtung Abfallwirtschaftsbetrieb der Stadt Köln fest.
2. Der Betriebsleitung wird Entlastung erteilt.
3. Der ausgewiesene Jahresfehlbetrag 2011 beträgt 1.337.572,03 €. Der Jahresfehlbetrag wird auf neue Rechnung vorgetragen.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt bei Enthaltung von pro Köln.

6 Mitteilungen

6.1 Änderung der Straßenreinigungssatzung zum 01.01.2013 2538/2012

Der Betriebsausschuss Abfallwirtschaftsbetrieb der Stadt Köln nimmt die umgedruckte Mitteilung der Verwaltung zur Kenntnis.

6.2 Zusätzliche Winterdienstmaßnahmen im Winter 2012/2013 3171/2012

SB Herr Dr. Fladerer merkt kritisch an, die Mitteilung richte sich gegen den Ratsbeschluss vom 13.10.2011. Dort sei vereinbart worden, dass – egal, wie der Winter "ausfalle" – das, was sonst die Bürgerinnen und Bürger zu leisten haben, über die Mehreinnahmen aus der Grundsteuer gedeckt sei.

Technische Probleme bei der Übernahme des Winterdienstes an Bushaltestellen durch die Abfallwirtschaftsbetriebe (AWB) könne er nachvollziehen, nicht jedoch haushalterische Gründe. Daher bitte er die Verwaltung, den Beschluss umzusetzen.

RM Herr Kienitz fragt, welche Konsequenzen diese Situation für den städtischen Haushalt habe und was passiere, wenn das zusätzlich bereitgestellte Geld in Höhe von etwa 1 Mio. Euro nicht abgerufen werde.

Er betrachte die im 2. Absatz der Mitteilung genannte Formulierung, dass "die Verwaltung vor der Erweiterung der Beauftragung um die bisher von den Anliegern betreuten Bushaltestellen zunächst weitere praktische Erfahrungen sammeln wolle", als proble-

matisch. So etwas müsse von den Abfallwirtschaftsbetrieben nicht geübt werden. Herr Kienitz äußert Unverständnis gegenüber den Plänen der Verwaltung, Anlieger von Bushaltestellen weiterhin zum Winterdienst zu verpflichten.

Er gehe davon aus, dass der Betriebsausschuss zu den Winterdienstmaßnahmen eine Beschlussvorlage erhalte, in der benannt werde, was mit dem Geld passiere.

RM Herr Dr. Welpmann bemerkt, er habe ähnliche Probleme mit der Mitteilung wie seine Vorredner. Er verweist ebenfalls auf den Ratsbeschluss vom 13.10.2011. Allein die Tatsache, dass es im letzten Jahr einen relativ milden Winter gegeben habe, ändere nichts an dem Beschluss, dass ab diesem Winter alle Bushaltestellen zu betreuen wären. Sollte daran etwas geändert werden, z. B. als Einsparvorschlag, rege er an, einen politischen Beschluss herbeizuführen. Ansonsten sei das Verfahren unsauber.

SB Herr Dr. Albach zeigt Verständnis für die Bürgerinnen und Bürger, die sich "veräppelt" fühlten. Die Begründung, dass die AWB erst "üben" müsse, Bushaltestellen vom Schnee zu räumen, könne niemand ernst nehmen.

Beigeordnete Frau Reker betont, es handle sich bei der Mitteilung zunächst um eine Absichtserklärung der Verwaltung und erinnert die Ausschussmitglieder daran, dass der Beschluss vom 13.10.2011 eine stufenweise Erhöhung beinhalte.

Es sei im Vorjahr mit den Abfallwirtschaftsbetrieben vereinbart worden, dass diese sukzessive das Räumen der Bushaltestellen übernehmen sollten, für das bislang die Anlieger zuständig waren. Zunächst sollten die AWB sich um rund 130 Haltestellen kümmern und dann, in einer 2. Stufe, um alle Bushaltestellen im Stadtgebiet. Nicht beschlossen worden sei, dass ohne Übergang alle Bushaltestellen von den AWB geräumt werden.

Die Verwaltung habe die zusätzlichen Mittel der ersten Stufe, wie beschlossen, in den Haushalt eingestellt. Die AWB hatte im letzten milden Winter nur nicht die Gelegenheit, den Beschluss umzusetzen.

Zwar stehe in der Beschlussvorlage, man könne die Kosten durch die Grundsteuererhöhung decken, jedoch werde nicht die Grundsteuer erhöht, um die Maßnahme zu bezahlen. Den AWB sei es grundsätzlich möglich, das Personal für die zusätzlichen Winterdienstmaßnahmen vorzuhalten. Die Mittel für die Durchführung der zweiten Stufe seien im Haushalt 2012 eingestellt und ständen dafür zur Verfügung. Die Frage, ob man das Geld angesichts des vorliegenden Sachverhalts und der prekären städtischen Haushaltslage dafür ausgeben wolle oder nicht, müsse erlaubt sein.

Eine nur schwer zu vermittelnde Tatsache sei, dass immer wieder bestimmte Kosten als Mischkalkulation für Straßenreinigung und Tage Winterdienst anfielen, die entstünden, egal ob es schneie oder nicht.

In der anschließenden umfassenden Diskussion äußern verschiedene Ausschussmitglieder weiterhin Unverständnis für die Absicht, die AWB nicht mit dem Winterdienst für alle Bushaltestellen zu beauftragen, sondern den Bürgerinnen und Bürgern auch im kommenden Winter die Räumspflicht für Bushaltestellen aufzubürden.

RM Herr Bacher bedauert ausdrücklich die Mitteilung, die in der Öffentlichkeit eine verheerende Wirkung habe. Er erinnert an die Auswirkungen des Winters 2010 / 2011, der zu zeitweise nicht mehr akzeptablen Straßenverhältnissen geführt und gezeigt habe, wie wichtig und notwendig der Winterdienst sei. Daraufhin seien im letzten Jahr die Beschlüsse gefasst worden, um zu vermeiden, dass so etwas wieder passiere. Daher sollten diese Beschlüsse auch eingehalten werden.

RM Herr Kienitz schlägt vor, die Mitteilung zur Kenntnis zu nehmen und dann, wenn die Vorlage komme, erneut darüber zu diskutieren.

SE Herr Koberg fragt, ob - bei einem erneuten schneearmen Winter - die AWB eine weitere Verschiebung mangels "Trainingsmöglichkeit" beantragen werde.

Der Betriebsausschuss Abfallwirtschaftsbetrieb der Stadt Köln nimmt die umgedruckte Mitteilung der Verwaltung kritisch zur Kenntnis.

**7 Genehmigung von Dringlichkeitsentscheidungen gemäß § 3 Absatz 4
Satz 2 der Betriebssatzung der Stadt Köln für den Abfallwirtschaftsbe-
trieb der Stadt Köln**

Keine.

gez. Dr. Sabine Müller
(Ausschussvorsitzende)

gez. Barbara Bültge-Oswald
(Schriftführerin)